

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Boggen vor dem Ankerdrucken, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Januar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Die bulgarische Amnestie.

Bauernpartei und "unverantwortliche Mächte".

SPD. Dieser Tage brachte das Sobranje in dritter Lesung ein Gesetz unter Dach und Fach, das die bulgarische Öffentlichkeit in ungewöhnlichem Masse erregt hat. Die Blätter aller Richtungen wandten der Vorlage gespannte Aufmerksamkeit zu, das starke Polizeiaufgebot vor dem Kammergebäude bei Beginn der Beratung liess auf "grosse parlamentarische Tage" schliessen, und in der Tat war während der Verhandlungen die Luft des Sitzungssaals mit politischer Leidenschaft geschwängert. Dabei handelte es sich, obwohl die Gespenster der Arbeitslosigkeit und des Hungers in Bulgarien am hellen Tage umgehen, keineswegs um ein soziales Gesetz, bestimmt, die Not der Massen zu lindern, es handelte sich sogar um ein Gesetz, das nur verhältnismässig wenige Menschen, einige Hundert im äussersten Fall, unmittelbar angeht, aber es wurde zu einem Prüfstein, zu einer Losung, zu einem Sinnbild: das Gesetz über die Amnestie.

Als am 9. Juni 1923 Stambulijski, als vergötterter Führer des Landvolks der Diktator Bulgariens, durch einen Handstreich der Reserveoffiziersliga und der Makedonisierenden gestürzt wurde, entfesselten die Leute Alexander Zankow des neuen Ministerpräsidenten, den ungezügelten weissen Schrecken gegen alle Anhänger der Bauernpartei. Wie viehisch nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder niedergemetzelt wurden, wie schon die Weigerung, in ein Hoch auf Zankow einzustimmen, den Tod nach sich zog, schilderte soeben bei der Erörterung der Amnestievorlage der Vizepräsident des Sobranje, Saharijew, in einer Rede von eindrucksvoller Anschaulichkeit. Von den nicht ermordeten Bauernführern verschwand ein Teil in den Kerkern des neuen Regimes, und wem es gelang, über die Grenze ins Ausland zu entweichen, gegen den wurde in seiner Abwesenheit die Todes- oder harte Zuchthausstrafe verhängt. Dieser Wille nicht zur Niederhaltung, sondern zur schonungslosen Ausrottung der politischen Gegner, den nicht zuletzt auch die Kommunisten zu spüren bekamen, warf das unglückliche Land in Fieberzustände, die Attentate und andere sinnlose Ausbrüche der Verzweiflung hervorriefen. Die sozialistische Fraktion im Sobranje heischte zuerst eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen zur Liquidierung einer unheilvollen Vergangenheit, und auch der sich langsam wieder sammelnden Bauernpartei wurde die Forderung der Amnestie zum Leitstern in eine bessere Zukunft. Kein Schlagwort hallte denn im Wahlkampf dieses Sommers in den Agitationsversammlungen der Stambulijski-Partei häufiger wider als das der Amnestie, die die Gefängnistore und Grenzen weit öffnen sollte, und als der 21. Juni 1931, die Männer des 9. Juni 1923 mattsetzte, als die Opposition gegen Ljaptschew und Genossen einen berausenden Wahlsieg davontrug und im neuen Kabinett die Bauernpartei ebenso den Ausschlag gab wie im Sobranje, erwartete alle Welt von heute auf morgen die allumfassende Amnestie und die Rückkehr der Emigranten.

Aber damit ging es sehr langsam, quälend langsam, peinlich langsam, und schliesslich regte sich in den Reihen der Bauernpartei selber Unzufriedenheit und Unruhe wegen der gar so "staatsmännischen", gar so "diplomatischen" Hal-

tung ihrer Minister in der Amnestiefra^{ge}. Als im November die Partei in Sofia ihren Kongress abhielt, in einem Sportstadion unter freiem Himmel, weil kein Saal die Massen zu fassen vermochte, stand diese gewaltige Kundgebung ganz im Zeichen des Rufes nach der Amnestie. Im Demonstrationszug wurden Schilder mit der Aufschrift getragen: Wir wollen die volle und unbedingte Amnestie!, für die volle und unbedingte Amnestie sprach sich der Fraktionsvorsitzende Daskalow aus, und: Volle und unbedingte Amnestie! hiess die Forderung, mit der die Delegierten aus allen Teilen des Landes, einer nach dem andern auf die Tribüne tretend, den stürmischsten Beifall weckten. Aber der Ministerpräsident Muschanow, nicht Bauernpartei, sondern Demokrat, erklärte sehr bald, dass die Amnestie sich nicht auf solche Personen erstrecken dürfe, die - Kautschukbegriff! - "der öffentlichen Ruhe gefährlich seien", und was danach als Gesetzentwurf aus den Beratungen des Kabinetts hervorging, war von der "vollen und unbedingten Amnestie" sehr weit entfernt; er nahm nicht nur die Kommunisten aus, die in Bulgarien zum jagdfähigen Wild gehören, sondern erlaubte auch jenen Führern der Bauernpartei die Rückkehr nicht, die wie zwei Minister Stambulijskis, Todorow und Obow, wegen "Landesverrats" verurteilt waren; zu einer solchen Brandmarkung kam man unter dem Regime Zankow wie die Jungfer zum Kinde. Achselzuckend meinte der bauernparteiliche Minister Gitschew, der Entwurf enthalte das Höchstmass dessen, was innerhalb der Regierung an Zugeständnissen herauszuholen sei, aber böse Zungen zischeln, dass es manchem Gewalthaber der Bauernpartei von heute ganz und gar nicht unlieb sei, wenn einflussreiche und deshalb vielleicht unbequeme Führer von gestern in der Emigration bleiben müssten.

Im Sobranje jedenfalls schob das Kabinett einhellig wichtigen Abänderungsanträgen einen Riegel vor, indem es erklärte, dass sie nur mit seiner Zustimmung angenommen werden dürften. So ging das Gesetz, obwohl manche Mitglieder der Bauernpartei im Parlament ihre Misstimmung nicht verhehlten, ziemlich in seiner ursprünglichen Gestalt durch. Dabei schrumpfte die Zahl der Emigranten, denen die Amnestie die Heimkehr gestattet, immer mehr zusammen; die Regierung hatte zuerst 230 genannt, dann wurden es 50, dann 20, und jetzt behaupten Kenner der Sachlage, mehr als 12 kämen nicht in Frage. Wie sich das Gesetz in der Tat auswirkt, wird sich bald zeigen. Der Sprecher der Sozialdemokraten aber, Tscheschmedchiew, setzte sich nicht nur in einer gross angelegten, wirkungsvollen und oft vom Beifall auch der radikalen Bauernpartei unterbrochenen Rede mit tausend guten Gründen für die volle und unbedingte Amnestie ein, sondern rief auch der Partei Gitschews und Daskalows unter die Nase, dass sie, falls sie wirklich am 21. Juni so entscheidend gesiegt habe, wie sie sich rühme, verpflichtet sei, ihr Amnestieversprechen restlos zu erfüllen; tue sie es nicht, so sei das der Beweis für die Unvollkommenheit ihres Sieges.

In der Tat liegt hier der Hase im Pfeffer. Warum besitzt die Bauernpartei die über 100 000 eingeschriebene Mitglieder und über 600 000 Wähler zählt, nicht die Macht, die volle Amnestie durchzudrücken? Widerstrebt dem der König? Oder die Reserveoffiziersliga? Oder die Makedonisierenden? Oder widerstreben dem andere "patriotische" Verbände? Man weiss es nicht oder weiss es und sagt es nicht. Das ist das bündige Zeichen, dass die Vergangenheit noch nicht tot ist, und deshalb ward die Frage der Amnestie zum Prüfstein. Wenn Tscheschmedchiew ins Sobranje rief, das bulgarische Volk habe noch grosse Aufgaben zu lösen, meinte er nichts anderes als die Abrechnung mit den hinter den Kulissen arbeitenden, geheimen und unverantwortlichen Mächten, die das Amnestiegesetz so übel verwässert haben.

Hermann Wendel.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat dem Reichspräsidenten am Sonnabend zum Zwecke der Unterschrift den Wortlaut einer Verordnung zugehen lassen, in der Parteiabzeichen kleineren Umfangs in Zukunft wieder getragen werden dürfen. Die Veröffentlichung der Verordnung steht unmittelbar bevor.

SPD. Washington, 16. Januar (Eig. Ber.)

In den Auseinandersetzungen über die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen hat von Anfang an die Kontroverse um die internationale Zollgesetzgebung und die vom Grosskapital aller Länder stark befürworteten nationalen Massnahmen zum Schutze der heimischen Wirtschaft eine hervorragende Rolle gespielt. Es ist also daher mehr als ein blosser Zufall, wenn sich gerade in diesen Momenten unheilbarer Krisenzuspitzung das Bundes-Kongressmitglied Canfield von Indiana zu Worte meldet und eine Kongress-Untersuchung fordert, die sich mit der Flucht des amerikanischen Industriekapitals ins Ausland und besonders nach dem benachbarten Kanada beschäftigen soll. In dieser Frage zeigt sich mit aller Deutlichkeit, was es mit dem vielgepriesenen Patriotismus des Unternehmertums auf sich hat und wie geschickt und mit welcher vernichtenden Konsequenzen sie verstanden haben, die Zollschlingen zu umgehen und sie zum Schaden der arbeitenden Massen in ihr Gegenteil zu verdrehen. Schon zu Beginn des Jahres 1930 erreichten die amerikanischen Kapitalanlagen in den Industrien des Auslandes 1813 Millionen Dollar. Sie haben seitdem beträchtlich zugenommen. Von diesen Riesensummen sind etwa 45 Prozent in Kanada investiert, 35 Prozent in Europa. Der Rest befindet sich in Lateinamerika und Asien.

Aus den vorliegenden unvollständigen Zusammenstellungen ergibt sich, dass die Zahl der mit amerikanischen Kapitalien arbeitenden und amerikanischen Unternehmern gehörenden Betriebe in Kanada sich auf mindestens 1500 beziffert. Die Zahl der amerikanischen Werkanlagen in den europäischen Ländern wird auf mindestens 460 geschätzt. Die Gründe für diese Massenauswanderung des Grosskapitals sind klar. Die Unternehmer haben klarer als die amerikanischen Regierungsdrahtpuppen erkannt, dass amerikanische Zollkriegserklärungen an das Ausland zu entsprechenden Gegenmassnahmen führen müssen und bereits geführt haben. Um diesen Widerständen zu entgehen, sind sie daran gegangen, sich in andere Länder zu flüchten und zwar, wie die Ziffern beweisen, mit recht gutem Erfolge. Aber das ist nicht alles. Die Tatsache, dass amerikanische, im Auslande operierende Industrien in direkte Konkurrenz zu dem Exporthandel Amerikas getreten sind, hat natürlich die hiesige, durch die Krise bis ins Mark getroffene Innenproduktion noch weiter geschwächt und die Absatzmöglichkeiten im Auslande weitgehend verringert. Diese Entwicklung, die von den selbsternannten Wächtern der amerikanischen Zollmauern mit nachlässiger Handbewegung abgetan wird, darf nicht unterschätzt werden. Handelt es sich doch um führende Industrien, welche wegen ihres Massenabsatzes, man denke nur an Elektroartikel Automobile, Maschinerie etc., neue Zollhindernisse besonders zu fürchten haben und natürlich alles aufbieten, um die Abschneidung von den Auslandsmärkten durch Errichtung von ausländischen Eigenbetrieben zu umgehen.

Auf diese Weise werden dem amerikanischen Volke ungeheure Kaufkraftwerte und Absatzmöglichkeiten entzogen, dem arbeitslosen Proletariat tagtäglich neue Massen zugeführt. Die Abwanderung des Industriekapitals versinnbildlicht, wie sich der Kapitalismus in seinen eigenen Schlichen immer wieder zu helfen und die für ihn gedachten Lasten auf die Schultern der ausgesogenen Massen abzuwälzen weiss.

SPD. Der Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz ist der deutsche Botschafter in der Türkei Nadolny. Sein Stellvertreter ist der deutsche Botschafter in Madrid Graf Welczek. Ausserdem werden der deutschen Delegation angehören: Staatssekretär z.D. Frhr. von Rheinbaben, Staatssekretär a.D. von Moellendorff und die Gesandten Goeppert und Frhr. von Weizäcker.

Als militärische Sachverständige sind der deutschen Delegation zugeteilt: Generalleutnant von Blomberg und Generalmajor Schoenheinz sowie als Sachverständiger für die Marinefragen Vizeadmiral Frhr. von Freyberg. Generalsekretär der Delegation ist Geheimrat Frohwein vom Auswärtigen Amt. Ausserdem wird die Delegation noch eine beschränkte Anzahl von Sachbearbeitern des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums, sowie nach Bedarf anderer Ressorts umfassen. Die Zahl der Delegationsmitglieder beläuft sich auf 19.

SPD. München, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die nationalsozialistischen Grossmäzler Frick und Rosenberg bekommen es jetzt mit der Angst zu tun, nachdem ihre jüngsten Reden und Schreibereien in der Öffentlichkeit und teilweise auch in ihren eigenen Reihen allgemeine Ablehnung und Kritik erfahren haben. Sie versuchen nun mit wortreichen Berichtigungen ihre radikalen Sprüche abzuschwächen.

Zuerst Dr. Frick, der den von Hugenbergs Telegrafienbüro verbreiteten Bericht über seine jüngste Rede eine Fälschung nennt. Er habe eine Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft keineswegs ein glattes Nein entgegengesetzt, sich vielmehr nicht so sehr gegen diese Kandidatur, als gegen die Fortdauer der Zentrumsdiktatur des Reichskanzlers Brüning gewandt. Dazu habe er allerdings gesagt, dass es den Nationalsozialisten nicht einfielen, die Hand zu einer Verlängerung der Diktatur zu bieten. Wenn wider Erwarten der Sturz des Kabinetts Brüning nicht schon früher erfolgen sollte, so sei der Tag der Reichspräsidentenwahl allerdings der äusserste Termin, um dem System Brüning durch Aufstellung eines nationalsozialistischen Sonderkandidaten die letzte Stütze zu entziehen.

Frick bestätigt also im grossen und ganzen was über seine Reden gemeldet worden war. Ist diese Bestätigung in Form einer Berichtigung die endgültige Meinung der Hitlerpartei, so ist daraus der Schluss zu ziehen, dass die Nazis nur für Hindenburg eintreten werden, wenn er vorher zum Sturze der Regierung Brüning beigetragen oder wenigstens eine Garantie in dieser Richtung gegeben hat.

Weit krasser ist der Rückzieher Rosenbergs. Der baltische Korpsstudent mit dem Moskauer Staatsexamen legt am Sonnabend besonderen Wert auf die Feststellung, dass er nur angenommen habe, Brüning sei von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, dass er ohne Hitlers Unterstützung für das Ausland nicht mehr recht verhandlungsfähig sei. Diese Annahme habe sich für ihn zwingend aus dem Verhalten Brünings vor der Lausanner Konferenz ergeben. Auf welcher Botschaft in London im schon Anfang 1931 (!) eine ähnliche Bewertung Brünings mitgeteilt worden sei, darüber müsse er die Auskunft verweigern. Die Richtigkeit in der Auffassung über die total erschütterte Stellung Brünings den ausländischen Mächten gegenüber sei dadurch bewiesen, dass der Reichspräsident am 5. Januar Hitler um Hilfe habe bitten lassen.

So machen die Herren Nazis Politik! Erst behaupten sie darauf los und wenn sie dann den Beweis für ihre Behauptungen antreten sollen, kneifen sie oder bedienen sich fauler Ausreden.

SPD. Im Auftrage Hitlers hat dessen Adjutant Goehring in Berlin am Kaiserdamm 34 eine Neunzimmer-Wohnung gemietet. Die Wohnung soll Herrn Hitler, wie es heisst, bei seinem Aufenthalt in Berlin als Absteigequartier dienen. Unter einer grossen Zimmerflucht macht es dieser "Arbeiterführer" bekanntlich nie.

SPD. Braunschweig, 16. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend fand in Braunschweig die Landesverbandstagung der braunschweigischen Polizeibeamten statt. Wie immer waren auch in diesem Jahre die Parteien zu der Generalversammlung eingeladen worden. Der Vertreter der Kommunisten missbrauchte seine Einladung und hielt eine Rede, in der er die Polizeibeamten ermahnte, an der Seite der Arbeiter zu kämpfen. Ihm wurde sofort das Wort entzogen. Einstimmig wurde dann seine Entfernung aus dem Saal beschlossen. Während der Rede des Kommunisten verliess der nationalsozialistische Kommandeur der braunschweigischen Schutzpolizei Oberstleutnant Selle mit Major Metger den Saal. Die Verhandlungsleitung versuchte die beiden Vorgesetzten umzustimmen. Selle lehnte aber brüsk ab, zurückzukehren. Die Polizeibeamten, die den Zwischenfall selbstverständlich nicht voraussehen konnten, sind über die Missachtung durch ihre Vorgesetzten empört. Ein Vertreter der Regierung war überhaupt nicht erschienen.

Der Sozialdemokrat Thielemann verwies im Verlauf der Sitzung darauf, dass jeder Beamte sich politisch orientieren dürfe, und dass die Polizeibeamten, die durch ihren Dienst sich mehr als früher mit Politik beschäftigen müssten, sich wohl längst eine eigene Meinung gebildet hätten. Konjunkturjäger seien von keiner Partei geschätzt. Die Sozialdemokratie in Braunschweig werde diejenigen Polizeibeamten, die, veranlasst durch die heutige Zeit, die Gesetze zu biegen versuchten, selbstverständlich nach einem Regierungswechsel zur Rechenschaft ziehen. Der Polizeibeamte habe in erster Linie seine Pflicht dem Staate und der Allgemeinheit gegenüber zu tun, und dann erst seiner eigenen Parteimeinung zu folgen. Den Worten Thielemanns folgte stürmischer Beifall.

Die Polizeibeamten nahmen u.a. eine Entschliessung an, in der gesagt wird, dass der Verband zu seinen Tagungen stets alle Parteien eingeladen habe. Bisher hätten sich nie Komplikationen ergeben. Am Sonnabend sei jedoch durch die Taktlosigkeit des kommunistischen Vertreters der Verbandstag gestört worden. Man beabsichtige daher, einen Vertreter der KPD in Zukunft nicht mehr einzuladen. Der Verbandstag bedauere im übrigen, dass trotz der Verweisung des kommunistischen Redners die Behördenvertreter den Saal verlassen hätten.

Die Polizeibeamten nehmen an, dass sich der Kommandeur der Schutzpolizei durch Franzen nach Braunschweig berufen worden ist, über die schwarz-rot-goldene Flagge, die im Saal hing, geärgert hat und dass er froh war mit einem Schein der Berechtigung den Saal verlassen zu können.

SPD. Essen, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Der frühere Zentrumsabgeordnete des Reichstags Nientimp, der vor einigen Monaten wegen Verstosses gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zu 1000 Mark Geldstrafe und Vermögenskonfiskation verurteilt worden war, wurde am Sonnabend in der Berufungsinstanz auf Staatskosten freigesprochen. Nientimp und den Mitangeklagten, die ebenfalls freigesprochen wurden, war u.a. vorgeworfen worden, von der Westfälischen Bäcker-Einkaufsgenossenschaft Bestechungsgelder angenommen zu haben.

SPD. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde am Sonntabend die Beleidigungsklage des Hauptmannes Stennes gegen Adolf Hitler und den Chefredakteur des "Angriff", Dr. Lippert verhandelt. Hitler, der persönlich erschienen war, wurde freigesprochen, sein Mitangeklagter erhielt 300 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfall 30 Tage Gefängnis. Der erkennende Teil des Urteils soll auf Kosten des Nazi-Redakteurs im "Angriff" und im "Völkischen Beobachter" veröffentlicht werden. Dem Prozess lagen die diffamierenden Angriffe zugrunde, die anlässlich der Stennesrevolte gegen Hitler in zahlreichen nationalsozialistischen Blättern gegen den abtrünnigen Osaf Stennes gerichtet worden waren und in denen ihm der Vorwurf gemacht wurde, ein Polizeispitzel zu sein. Als Adolf Hitler mit seinem "Stabe" im Luxusauto in Moabit vorfuhr, versuchten einige Hundert seiner Anhänger mit Heilrufen zu demonstrieren. Zu Beginn regt der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Bues, einen Vergleich an, indem er betont, dass Hitler und Stennes doch trotz aller Zwistigkeiten den gleichen Weg und das gleiche Ziel hätten. Der Vorsitzende schliesst etwas pathetisch mit den Worten: "Meine Herren, wir haben doch andere Sorgen. Seien Sie des grossen Dichterwortes eingedenk: "Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!" Hierauf erwidert Dr. Frank II, Hitlers Verteidiger, und sagt ironisch: "Wir danken Ihnen, Herr Vorsitzender, für Ihre national-sympathischen Worte. Aber wie Sie wissen, sind wir fanatische Anhänger der Legalität. Wir möchten auch aus diesem Grund, dass dieser Prozess gewisse Hintergründe restlos aufdeckt." Dann erhebt sich Herr Hitler, von Anfang an sehr aufgeregt, und betont mit sich überschlagender Stimme und wilden Gesten, dass er von gar nichts wisse, dass er weder die Angriffe auf Hauptmann Stennes inspiriert noch überhaupt etwas mit ihm zu tun habe. "Wenn ich den inkriminierten Artikel im "Völkischen Beobachter" geschrieben hätte, so würde ich es sicher sagen. Der verantwortliche Redakteur wusste ja davon und ich würde mich damit in die Hände des betreffenden Journalisten begeben. So dumm werde ich doch nicht sein." Herr Hitler scheint also seinen eigenen Parteiredakteuren zu misstrauen.

Der Verteidiger des Hauptmanns Stennes, Rechtsanwalt Becker, stellt an Hitler die Frage: "Haben Sie nicht bereits ein halbes Jahr vor Erscheinen des Spitzelartikels anlässlich einer Standartenführersitzung der SA. die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, dass Hauptmann Stennes ein Polizeispitzel sei?" Rechtsanwalt Frank II beanstandet diese Frage. R.A. Becker: "Aha." R.A. Frank II (brüllend): "Ich verbitte mir das! Was fällt Ihnen ein? Das ist ja unglaublich, was Sie sich herausnehmen!" Becker: "Ich behaupte, dass Hitler der alleinige Inspirator der Verleumdung des Hauptmanns Stennes ist und werde das unter Beweis stellen." R.A. Becker stellt den Beweisantrag, Herrn Goebbels und mehrere SA-Führer zum Beweise für seine Behauptungen als Zeugen zu vernehmen. Diese Anträge werden vom Einzelrichter abgelehnt. Die Beweisaufnahme ist damit abgeschlossen.

In seinem Plädoyer greift der Verteidiger des Hauptmanns Stennes Hitler und die Seinen ungemein scharf an. U.a. führt er aus: "Stennes war durchaus auf Kampf und Gegnerschaft eingestellt, nicht aber darauf, dass seine alten politischen Freunde sich nicht scheuten, zu der Waffe der Ehrabschneidung und Verleumdung zu greifen. Die Art, wie die angeklagten einen alten Offizier beschimpft haben, ist überaus hässlich; die moralische Verantwortung dafür wäscht ihnen kein Regen ab. Neun Monate haben Presse und Agitatoren der NSDAP den gemeinen Spitzelschwindel durchs Land getragen. Herr Hitler, der immer die Erneuerung des Reiches im Munde führt, hat dieses schimpfliche Treiben stillschweigend geduldet. Um diese Verantwortung beneide ich ihn nicht. Auf einmal will Herr Hitler gar nicht im Bilde sein. Was den Chefredakteur des "Angriff", Herrn Dr. Lippert, betrifft, so ist es ein Mann, für den die Begriffe der persönlichen Anständigkeit und der Berufsethik keine Rolle zu spielen scheinen. Er ist ein Journalist, der für Geld alles spricht und schreibt, was von ihm gefordert wird. Er ist einer von den Leuten, die ausser dem Strafgesetzbuch überhaupt nichts anerkennen. Herr Hitler aber

muss es mit seinen eigenen sittlichen Postulaten verantworten können, ob der Kampf gegen den politischen Freund von gestern auf der Schmutzbasis der Ehrabschneidung geführt werden soll." Nach Herrn Frank II, der ironisch bemerkte, dass es den Nazis ganz egal sei, "wovon und weshalb sich Herr Stennes getroffen fühle" und der den Vorwurf der Spitzelei in versteckter Form unter denstürmischen Pfui-Rufen der im Saal anwesenden Stennes-Anhänger wiederholte, sprach Rechtsanwalt Kamecke, der Verteidiger Dr. Lipperts. Herr Kamecke brachte den versöhnlich-humoristischen Abschluss des melodramatischen Hitler-Schauspiels, indem er feststellte, dass der Hauptschuldige an der Verdächtigung des Hauptmann Stennes eigentlich der - Berliner Polizeipräsident sei! - Nach diesem guten Witz schloss der Vorsitzende die Verhandlung und verkündete dann am späten Nachmittag das Urteil.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval hat am Sonnabend-Vormittag den deutschen Botschafter von Hoesch zu einer Unterredung über die Vorbereitungen der Lausanner Konferenz zu sich bitten lassen. Im Anschluss daran hatte Laval eine eingehende Aussprache mit dem amerikanischen Botschafter Edge, an deren letztem Teil auch Finanzminister Flandin teilnahm. Vor diesen Besprechungen hatte Laval bereits den Sekretär des Aussenministeriums, Berthelot, empfangen. Die Vorbereitungen für die Konferenz werden also in Paris mit grossem Nachdruck betrieben.

Der Nationalverband der französischen Steuerzahler gibt eine Entschliessung bekannt, in der der Erregung über die Erklärungen Brünings Ausdruck gegeben und die Regierung und das Parlament beschwört werden, mit der letzten Energie die Interessen Frankreichs nicht nur gegenüber seinem säumigen Schuldner, sondern vor allem auch gegenüber seinem erbarmungslosen Gläubiger zu verteidigen, indem sie alle bekannten Widerstandsmittel anwenden, die die Geschichte das Recht und die offenbarste Billigkeit liefern.

SPD. Köln, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Leiter des Nachrichtendienstes der Nationalsozialisten in Köln, der einen jungen Mann, den man im Verdacht hatte, Berichte an die "Rheinische Zeitung" geliefert zu haben, zu Aussagen gepresst hatte, die dann zu Verleumdungen des Genossen Sollmann dienen mussten (wir haben vor einigen Tagen darüber berichtet), heisst Alfons Dahlhausen. Die "Rheinische Zeitung" stellt heute drei Fragen an diese Nazigrösse, aus denen hervorgeht, dass dieser Dahlhausen ein früherer Homöopath ist, der vor vier Jahren seinen damaligen Wohnort Waldbröhl unter Hinterlassung einer beträchtlichen Schuld verlassen hat, dass dieser Dahlhausen wegen sehr peinlicher und dreckiger Kurpfuschermanipulationen gegen das keimende Leben (§ 218), die er gegen hohes Entgelt vorgenommen haben soll, in Untersuchungshaft gesessen hat und dass zurzeit eine grosse Anklageschrift, welche die bemerkenswerten Taten des Dahlhausen schildert, bei der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in München liegt.

Ein anderer Kölner Nazimann, der bei der erpresserischen Vernehmung des jungen Mannes zugegen war, heisst Albert Henn. Er war früher städtischer Vollziehungsbeamter und wurde im August 1929 wegen Amtsunterschlagung zu acht Monaten Gefängnis rechtskräftig verurteilt. Gleichzeitig wurde ihm die Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes aberkannt. Bei den Nazis allerdings kann es ein solcher ehrenwerter Volksgenosse noch zu etwas bringen. Eine weitere Zierde der Galerie schöner Nazimänner in Köln ist der Naziredner Thelen, ein früherer Stadtsekretär, der vor einem Jahre von der Stadt Köln

fristlos entlassen wurde. Er hat einen Stadtsekretär, zwei Oberstadtsekretäre, einen Büroinspektor, zwei Brandmeister und zwei Oberfeuerwehrlaute dadurch betrogen, dass er sie zu Bürgerschaftsübernahmen unter erlogenen Angaben zu bewegen wusste. Zum Teil handelte es sich um Beträge bis zu 1000 Mark. Ausserdem hat Thelen die Rheinische Beamtenbank um einen Betrag von 6 000 Mark durch schwindelhafte Manöver gebracht.

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess muss man die Art der Prozessführung mit steigendem Befremden betrachten. Die Atmosphäre im Gerichtssaal ist so, dass die Belastungszeugen das Gefühl haben müssen, in ein ihnen ausgesprochen feindlich gesinntes Milieu zu kommen. Besonders bei den jüdischen Zeugen, erlauben sich die Angeklagten ständige Störungsversuche. Am Sonnabend wurde der Kaufmann Deterding vernommen, einer der entscheidendsten Belastungszeugen für Helldorf und seine SA-Rowdies. Deterding hat das Auto Helldorfs am Kurfürstendamm verfolgt, sah, wie es unablässig durch die Unruhestrassen fuhr und konnte auch beobachten, wie aus ihm den Demonstranten Zeichen gegeben wurden. Die Vereidigung dieses Zeugen, der in erster Instanz sogleich vereidigt worden war, wurde auf Gerichtsbeschluss abgelehnt - unter dem Verdacht der Mittäterschaft am Landfriedensbruch! Der wichtigste Zeuge wird also eingeschüchtert!

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)
Briand ist am Sonnabend-Vormittag nach Cocherel abgereist, kehrt aber am Sonntag-Abend wieder nach Paris zurück, um einige Tage später, nach der Übergabe des Aussenministeriums an Laval, endgültig nach Cocherel überzusiedeln. Es ist daher noch nicht sicher, ob Briand der Kammersitzung am Dienstag fernbleiben wird, wie ursprünglich angekündigt wurde. Die Oppositionsparteien würden das Erscheinen Briands in der Kammer sehr begrüßen, um ihm bei dieser Gelegenheit eine letzte Ovation zu bereiten. Wenn Briand am Dienstag auf der Abgeordnetenbank Platz nehme, so wurde in den Wandelgängen der Kammer erklärt, dann wäre es vielleicht möglich, dass Laval nicht lange Aussenminister bleibt.

SPD. Gegenüber den neuerdings hier und da wieder auftauchenden Gerüchten über eine Devaluation, Denomination oder ähnliche Eingriffe in die Reichsmark-Währung erklären Reichsregierung und Reichsbank, dass diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind und dass nach wie vor alle Währungsexperimente auf das strikteste abgelehnt werden.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)
Der rumänische Finanzminister Argetoiano, der seit einigen Tagen in Paris weilte, hat am Sonnabend vor Vertretern der französischen Presse Erklärungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Rumäniens abgegeben. Er führte aus, dass die Stabilität der rumänischen Währung vollkommen gesichert und dass er also nicht nach Paris gekommen sei, um hier wegen einer Anleihe zu verhandeln. Rumäniens Staatshaushalt sei durch scharfe Sparmassnahmen ins Gleichgewicht gebracht worden und die Regierung sei im Begriff, durch Sonderabkommen die Bezahlung der übrigen Verpflichtungen im kommenden Jahr zu regeln. Aber kein Land könne mit eigenen Mitteln die Schwierigkeiten überwinden, die

sich im Laufe der verschiedenen Krisen der letzten Zeit aufgehäuft haben. Nur eine Zusammenarbeit aller Länder und ein freiwillig angenommenes Rationalisierungsprogramm für den europäischen Warenaustausch könnten wieder eine normale Lage schaffen.

SPD. Köln, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Heute in früher Morgenstunde wurden auf das Wohnhaus eines hiesigen Fabrikanten 18 scharfe Schüsse abgegeben. Zehn Geschosse durchschlugen Fenster und Türen. Verletzt wurde niemand. Im Vorgarten des Hauses lag ein in Papier gewickelter Ziegelstein. Auf dem Papier stand geschrieben, dass der Fabrikant erschossen werde, wenn er die Lohnkürzung nicht rückgängig mache. Die Unterschrift lautet: R.F.B. Rotfront.

SPD. Aachen, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Der mit dem Gemeindeobersekretär zugleich vom Dienst suspendierte Bürgermeister der Bürgermeisterei Roetgen im Landkreis Monschau hat bereits ein Geständnis abgelegt. In der Gemeindekasse ist ein Fehlbetrag von 20 000 Mark.

SPD. London, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Einmütigkeit, mit der die englische Presse am Sonnabend den von uns seinerzeit gemeldeten, in der City zuerst aufgetauchten Gedanken einer Vertagung der Reparationslösung auf den Sommer und die vorläufige Einräumung eines Moratoriums aufnimmt, lässt darauf schließen, dass dieser Gedanke nun auch in englischen amtlichen Kreisen Fuss gefasst hat. Nach unseren Informationen trifft dies tatsächlich zu. Nachdem England erkannt hat, dass Frankreich gegen eine völlige Streichung politisch unerreichbar sei, erscheint dem möglichst langen Moratorium gegenüber, das zuerst propagiert wurde, ein kürzeres deswegen den Vorzug zu verdienen, weil gerade unter dem Druck der Wirtschaftskrise eine Endlösung mit geringeren Zahlungen Deutschlands erreicht werden könnte, als wenn die Konjunktur besser geworden ist. Möglichst gering müssten aber die deutschen Zahlungen im englischen Interesse auch sein, damit der deutsche Kredit wiederhergestellt werde und die City keine Verluste in Deutschland erleidet. Ganz brauchten aber die deutschen Zahlungen nach englischer Ansicht zur Wiederherstellung des deutschen Kredit nicht zu verschwinden und auch in amtlichen Kreisen scheint der Gedanke, dass auch Deutschland durch die Kriegsschulden belastet werden sollte, so wie England und andere Länder durch ihre inneren Kriegsschulden belastet sind, berücksichtigt zu werden. Zwar ist das englische Ideal immer noch die völlige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden, aber da man diese für unerreichbar hält, ist man bereit, sich mit der zweitbesten Lösung zufrieden zu geben. Besonders die City beurteilt unter diesem Gesichtspunkt die Aussichten für eine Reparationslösung günstig.

SPD. Amsterdam, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Zu den Gerüchten über Verhandlungen des Exkaisers mit der niederländischen Regierung wegen einer eventuellen Rückkehr nach Deutschland, die in den letzten Tagen in der englischen und französischen Presse auftauchten und wonach die niederländische Regierung dem Exkaiser für den Fall eines aber-

maligen freiwilligen oder erzwungenen Verlassens des deutschen Gebietes das Einreiserecht verweigern wollte, wird von zuständiger niederländischer Seite erklärt, dass weder von derartigen Plänen des Exkaisers die Rede sei, noch die niederländische Regierung direkt oder indirekt eine solche Erklärung abgegeben habe.

SPD. Breslau, 16. Januar (Eig. Drahtb.)
Am Sonnabend entdeckte man bei einer unvorhergesehenen Prüfung der Eisenbahnstationskasse in Oppeln einen Fehlbetrag von rund 11 000 Mark. Der Dienststellenleiter wurde sofort seines Amtes enthoben. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erstattet.

SPD. Breslau, 16. Januar (Eig. Drahtb.)
In Bismarckhütte in Ostoberschlesien schlug am Sonnabend mittag der Haarschneider Hartwig nach heftigem Wortwechsel seine 19jährige Ehefrau mit der Axt nieder. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde die junge Frau ins Krankenhaus überführt. Der Ehemann stellte sich sofort nach der Tat der Polizei.

SPD. Breslau, 16. Januar (Eig. Drahtb.)
Trotz fast übermenschlicher Anstrengungen der Rettungsmannschaften in der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen schwindet nunmehr die Hoffnung, die restlichen verschütteten Bergleute lebend bergen zu können. Die Schwierigkeiten, die sich der Rettungskolonnen entgegenstellen, wachsen ins Ungeheure. Der Druck des Gebirges wird so stark, dass zur Verzimierung der Rettungsstrecke die üblichen Holzträger nicht mehr genügen. Man baut deshalb jetzt in einem Abstand von je einem halben Meter starke stählerne Ringe mit einem Durchmesser von 1 1/4 Meter ein, sodass die Rettungsstrecke das Aussehen eines Tunnelgewölbes erhält. Sämtliche Versuche, von dem Parallelgang aus in die alte Strecke einzudringen, sind, wie um 20.30 Uhr von der Grubenverwaltung mitgeteilt wurde, bisher gescheitert, da man überall auf unabsehbare Brüche stößt. Es ist also höchst fraglich, ob die Fortsetzung der Rettungsarbeiten überhaupt noch einen Zweck haben wird.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Luise Zietz.

Zu ihrem zehnten Todestage.

SPD. Nun sind bereits zehn Jahre verflossen, seit ein plötzlicher Tod Luise Zietz aus den Reihen des kämpfenden deutschen Proletariats herausgerissen. Am 27. Januar 1922 starb sie an einem Schlaganfall, der sie tags vorher im Sitzungssaal des deutschen Reichstags ereilt hatte, im 57. Lebensjahr. Sie war der Typus der proletarischen Kämpferin für die Gleichberechtigung der Frau und für den Sozialismus, die bedeutendste Führerin proletarischer Herkunft in der deutschen Sozialdemokratie. Wie August Bebel so war auch Luise Zietz eine einzigartige Erscheinung unter den führenden Köpfen der Partei. In Not und Elend aufgewachsen, nur mit der kümmerlichen Volksschulbildung ihrer holsteinischen Heimatstadt Bargteheide ausgerüstet, hat sie sich mit eisernem Fleiss und beispielloser Energie durch Selbststudium emporgearbeitet zu einer geistigen Höhe, die sie im Bewusstsein der Parteigenossen gleichstellte mit Klara Zetkin und Rosa Luxemburg, die aus den Reihen der Intelligenz zu uns gekommen waren.

In Hamburg war Luise Zietz als Frau eines Hafenarbeiters anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in die proletarische Bewegung hineingekommen. Sie begann sich in der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung und in der Parteibewegung des Unterelbegebietes eifrig zu betätigen. An der organisatorischen und agitatorischen Arbeit entfaltete sich ihre Begabung sehr schnell, sodass sie in wenigen Jahren weit über Hamburg hinaus und bald im ganzen Reiche als hervorragende Kraft bekannt und geschätzt wurde. Als Rednerin für die Gewerkschaften, für die Frauenbewegung und für die Partei hat Luise Zietz jahrelang unermüdlich alle Gegenden Deutschlands bereist und Tausende und Abertausende von Proletarierinnen und Proletariern aufgerüttelt und aufgepeitscht zum Kampf für ihre Interessen und für den Sozialismus. Sie war eine hinreissende Rednerin, die mit glühender Leidenschaft sprach und die Hörer begeisterte. Ihr Ruf als Rednerin sicherte ihr überall überfüllte Versammlungen.

Nicht nur als Agitatorin, auch als Organisatorin hat Luise Zietz Hervorragendes geleistet. In den Jahren vor und nach der Jahrhundertwende hat sie ihre Agitationsversammlungen zur Gründung von Zahlstellen der Gewerkschaftsverbände ausgenutzt und ebenso manchen Ortsverein der Partei ins Leben gerufen. Die proletarische Frauenbewegung, die bis zur Schaffung des Reichsvereinsgesetzes im Jahre 1908 nur in loser organisatorischer Form möglich war, verdankt ihr unendlich viel an Förderung in organisatorischer wie agitatorischer Hinsicht. Luise Zietz war in der Kleinarbeit, im Aufbauen nicht minder bewandert und erfahren wie in der grossen Agitation. Sie veranstaltete Kurse zur Fortbildung der proletarischen Frauen und schrieb kleine Agitationsbroschüren zur Werbung unter den Frauen. Auf dem Mannheimer Parteitag 1906 wurde sie als erste Frau zur Beisitzerin und 1908 in Nürnberg zum besoldeten Mitglied des Parteivorstandes gewählt.

Luise Zietz nahm auch lebhaften Anteil an den parteitaktischen Auseinandersetzungen und der Fortbildung der sozialistischen Theorie. Auch hierbei war sie mit Leib und Seele die kämpfende Proletarierin, die ihre Impulse erhielt aus den Leiden ihres Geschlechts und ihrer Klasse. Der Kampf war ihr Element und sie übertrug ihren Kampfgeist und ihre Begeisterung auf Andere. Die führenden Genossinnen unsrer Partei während eines Vierteljahrhunderts haben in Luise Zietz ihr Vorbild gesehen, dem sie nachgeeifert haben und manche von ihnen bekennen noch heute mit Stolz, dass sie ihre Schülerinnen waren.

In der Kriegszeit gehörte Luise Zietz mit dem Parteivorsitzenden Hugo Haase zur Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei. Als 1917 in Gotha die Opposition sich als "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" konstituierte und Haase und Ledebour zu ihren Vorsitzenden wählte, wurde Luise Zietz neben mir Generalsekretär der neuen Partei, eine Stellung, die sie bis

zu ihrem Tode, dreiviertel Jahre vor der Wiedervereinigung in Nürnberg, bekleidet hat. Schon vor dem Kriege hatte sie wegen einer Rede in Hamburg eine mehrmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen. Während des Krieges war ihr vom Oberkommando in den Marken ein Redeverbot auferlegt worden. Aus Anlass der Marinevorgänge von 1917, die der Reichskanzler Michaelis im Reichstag zu einer Attacke gegen die USP-Abgeordneten Haase, Vogtherr und Dittmann fruktifizierte, wurde Luise Zietz verhaftet, aber wegen ihres schweren Nierenleidens gegen eine Kaution von 20 000 Mark nach vierzehn Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt; das Verfahren wurde im April 1918 als gegenstandslos eingestellt.

Luise Zietz gehörte zu den ersten Frauen, die nach der Revolution in die Nationalversammlung und dann in den Reichstag gewählt wurden. Dort führte sie eine schneidige Klinge und zog sich bald den besonderen Hass der Arbeiterfeinde in den Rechtsparteien zu. Ihr besonderes Arbeitsgebiet im Parlament wurde die sachkundige und verständnisvolle Behandlung der Beamtenfragen, die ihr den Ehrennamen einer "Beamtenmutter" eintrug. Immer war sie hilfsbereit und scheute keine Mühe, Bedrängten beizustehen. In den Kommissionen des Reichstags und in den Ministerien schätzte man ihre Sachkenntnis und die Sachlichkeit, mit der sie ihre Anschauungen vertrat. Sie zählte bald zu den bekanntesten Persönlichkeiten des Parlaments. Mitten in ihrer parlamentarischen Arbeit wurde sie vom Tode hingerafft, sie starb in den Sielen.

Nicht nur die proletarischen Frauen, das ganze deutsche Proletariat dankt Luise Zietz unendlich viel. Sie war eine Kämpfernautur, ein starker Charakter, voll unbezähmbarer Energie, für die heilige Idee des Sozialismus zu wirken. Gerade in der kampferfüllten Gegenwart kann sie der jungen Generation unserer Genossinnen und Genossen ein leuchtendes Vorbild sein. Wir gedenken ihrer heute an ihrem zehnten Todestage mit dem Gelöbnis, in ihrem Geiste weiter zu kämpfen.
Wilhelm Dittmann.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Generalzolldirektion gibt am Sonnabend die Ziffern des französischen Aussenhandels für das Jahr 1931 bekannt. Danach hat sich die Einfuhr auf 42,2 Milliarden und die Ausfuhr auf 30,4 Milliarden Francs belaufen. Die Aussenhandelsbilanz schliesst also mit einem Defizit von 11,8 Milliarden Francs ab.

SPD. Paris, 16. Januar (Eig. Drahtb.)

Zwischen dem Budgetminister und dem Arbeiterminister ist, wie der "Intransigeant" mitteilt, eine Einigung darüber erzielt worden, dass die Bestimmungen über die Unterstützung von Kurzarbeitern, die nur drei Tage in der Woche beschäftigt sind, auch auf die Arbeitslosen angewandt werden können. Danach können die Arbeitslosen drei Tage in der Woche arbeiten und erhalten dann als Unterstützung zwei Tagessätze ausgezahlt. Damit sollen die Gemeinden veranlasst werden, öffentliche Arbeiten ausführen zu lassen, zu denen Arbeitslose während dreier Tage in der Woche herangezogen werden können. Für die Gemeinden ergibt sich daraus zugleich ein finanzieller Vorteil, da sie von ihren Beiträgen zur Arbeitslosenunterstützung für drei Arbeitstage entbunden werden. Nach den Angaben der Zeitung soll dieses Verfahren durch ein ministerielles Rundschreiben schon in der nächsten Woche in Kraft gesetzt werden.

Die Welt aller Welt

Paneuropa der Lüfte!

Das Luftjahr 1932 - Die deutsch-französischen Verhandlungen - Interozeanischer Luftverkehr - Schnellflugzeuge mit 300 Kilometer Maximalgeschwindigkeit.

SPD. Am 26. Januar tagt in Berlin die internationale Luftbahn-Konferenz.

Was wird das Flugjahr 1932 bringen? Schon jetzt lässt sich mit Bestimmtheit annehmen, dass es ein Jahr des Fortschrittes und der Vereinheitlichung sein wird, eine bedeutungsvolle Etappe in der Entwicklung der Luftfahrt. Das Paneuropa der Lüfte kündigt sich an. Die Organisierung eines transkontinentalen Schnellverkehrs wird zu einer festeren Verknüpfung der einzelnen Länder durch Vertrag und Abkommen führen. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, die noch nicht zum endgültigen Abschluss gekommen sind, beschäftigen sich in der Hauptsache mit der Erschliessung der Luftwege nach dem Balkan und der Türkei; mit der Errichtung durchgehender Luftlinien über Süddeutschland, die von der Deutschen Lufthansa gemeinsam mit einer französischen Gesellschaft betrieben werden sollen.

Auch in bezug auf den Ozean-Zeppelin-Luftdienst Spanien-Südamerika sind die Verhandlungen von Wichtigkeit. Schon in diesem Sommer werden Flugzeuge die Flugpost für Südamerika bis zu den kanarischen Inseln bringen, wo sie von den Schelldampfern übernommen und bis zu der dem südamerikanischen Kontinent vorgelagerten Insel Fernando de Noronha befördert wird; von hier aus erfolgt der Weitertransport mit Flugzeugen bis Rio de Janeiro und Buenos Aires. Auf diese Weise wird die Post von Deutschland nach Südamerika höchstens 8 bis 10 Tage unterwegs sein gegenüber 18 Tagen bei ausschliesslicher Beförderung mit dem Dampfer. Was den Flugdienst mit Nordamerika anbelangt, so werden in Zukunft die Katapultflugzeuge bei einer Zwischenlandung in Neu-Schottland weitaus grössere Strecken zurücklegen als im vergangenen Jahre.

Die Frage des transkontinentalen Schnellverkehrs, den der Sommer 1932 zum erstenmal bringen wird, fand ihre Lösung nach amerikanischem Vorbild. Seit Monaten werden schon in den Vereinigten Staaten die Hauptfluglinien mit Flugzeugen befliegen, die eine Geschwindigkeit von 350 Kilometern entwickeln; wogegen die schnellste Geschwindigkeit, die man bisher in Europa erreichte, nur 220 Stundenkilometer betrug. Nun aber werden in den meisten Ländern neue, starke Maschinen gebaut, die eine Maximalgeschwindigkeit von mindestens 300 Kilometern bei einer durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit von 290 Kilometern haben. Mit diesen Flugzeugen erhofft man eine Steigerung des Personenverkehrs, obgleich sich natürlich für die Schnellflugzeuge die Einführung eines höheren Sondertarifes notwendig macht. Ein Ausgleich ist dadurch geschaffen, dass man schon in diesem Sommer von Berlin aus alle europäischen Hauptstädte in etwa zwei bis drei Stunden erreichen kann; denn auch die Lufthansa hat Schnellflugzeuge in Auftrag gegeben. Um aber einen absoluten Ausgleich zwischen Geschwindigkeit und Wirtschaftlichkeit zu erzielen, wird ein Flugzeugtyp geschaffen werden müssen, dessen Betriebskosten möglichst niedrig liegen. Das hofft man durch eine Verringerung des Luftwiderstandes zu erreichen, in dem man dem Schnellflugzeug nach Möglichkeit glatte Flächen gibt. Man denkt dabei an dreimotorige Maschinen mit einem Aktionsradius von 800 Kilometern für den Personenverkehr, und einmotorigen mit 1400 Kilometern Aktionsradius für den Post- und Frachtverkehr.

Auch für den innerdeutschen Flugverkehr wird der Sommer 1932 eine Menge technischer Verbesserungen bringen, obgleich die schwere wirtschaftliche Krise

zu einer Verkleinerung des Flugnetzes zwingt. So ist, um ein Beispiel zu nennen, der Funkdienst ausserordentlich vervollkommen worden. Nach langen Versuchen sind nunmehr alle Flugzeuge der Lufthansa mit eigenen Funkstationen ausgerüstet. Diese Einführung, die einen neuen Berufstyp, den Funkmaschinisten geschaffen hat, garantiert eine Sicherheit, wie sie noch vor wenigen Jahren unmöglich schien. Ausserdem bekommt das Grossflugzeug G 38, das sich im vergangenen Jahre auf der Strecke Berlin-London vortrefflich bewährte, ein Schwesterschiff. G 38 befindet sich zurzeit im Umbau. Der Nutzlastraum wurde wesentlich erhöht, die Maschine kann in Zukunft anstatt 18 über 30 Passagiere aufnehmen.

Die weitere Ausgestaltung des Nachverkehrs ist an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft, deren Erfüllung in diesem Jahre fraglich erscheint. Vorläufig sind geplant eine Linie von Königsberg bis zur Westgrenze, eine Linie nach Süddeutschland, eine Verbindung nach Schlesien mit Anschluss nach Wien und den Balkan. Doch sind die Kosten der Befahrung der Lufthäfen ausserordentlich hoch. Ausserdem müsste man alle 50 bis 60 Kilometer Notlandeplätze errichten, alle 30 Kilometer Relaischeinwerfer aufstellen und schliesslich in Abständen von 5 bis 6 Kilometern kleinere Nebenfeuer unterhalten.

Aber trotz der schweren wirtschaftlichen Depression, die sich wie auf allen anderen Gebieten auch in der Luftfahrt auswirkt, hört man optimistische Stimmen. So erklärte dieser Tage bei seinem Berliner Aufenthalt Ingenieur Karl Arnstein, der Konstrukteur des "Zeppelin" und des amerikanischen Luftriesen "Akron", dass trotz der Krise die Aussichten für die Weiterentwicklung der Luftfahrt günstig seien: der Fortschritt der Technik falle mit dem Tiefpunkt der Wirtschaftslage zusammen, was für die Einführung technischer Neuheiten stets von Vorteil gewesen sei.

+ + +

Falschmünzer Salaban.

Die geheimnisvolle Existenz des "Rechtsgelehrten" - § 51? - Der grosse Unbekannte - Der Reinverdienst...

SPD. Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat gegen den Falschgeldhersteller Dr. Cornell Salaban und dessen Ehefrau, die am Freitag-Abend in ihrer Villa in Berlin-Lichterfelde festgenommen wurden, Haftbefehl erlassen.

Die Persönlichkeit des Geldfälschers Cornell Salaban, mit dessen Festnahme den Beamten des Falschgelddezernats der Berliner Kriminalpolizei ein ganz hervorragender Fang geglückt ist, ist noch nicht einwandfrei geklärt. Salaban stammt aus einer alten ukrainischen Familie: sein Vater war österreichischer Militärarzt; er selbst will Leutnant in der K.u.K.-Armee gewesen sein. Während des Krieges kam Salaban nach Deutschland; im Februar 1918 war er zum ersten Mal in Berlin. Im April 1919 mietete er für sich und seine Familie eine Wohnung in einem Hause in der Ritter-Strasse im Zentrum der Stadt. Salaban betrieb hier eine Chemikaliengrosshandlung. Man nimmt an, dass er sich schon zu dieser Zeit mit der Theorie, vielleicht aber auch schon mit der Praxis der Geldfälschung befasst hat.

Es sind erhebliche Zweifel darüber aufgetaucht, ob Cornell Salaban seinen Dokortitel überhaupt zurecht führt; die entsprechenden Nachforschungen sind eingeleitet. Den Ruf eines "Rechtsgelehrten" erhielt Salaban durch die im Jahre 1926 zum ersten Mal durch ihn erfolgte Herausgabe des sogenannten "Europabuch der Rechtsanwälte und Notare", das später zu einem "Handbuch des internationalen Rechts" ausgebaut wurde. Da nach dem Kriege ein Bedürfnis nach

knappen Darstellungen des Rechtszustandes in den ausländischen Staaten bestand, gelang es Salaban hervorragende Mitarbeiter zu bekommen. Von fachmännischer Seite wird jedoch behauptet, dass das Material sehr oberflächlich bearbeitet worden sei. Salaban ist es wohl mehr auf die geschäftliche Seite der Angelegenheit angekommen. Anscheinend hat aber das Europabuch keine grossen Einnahmen verschafft. Es kam zu einem Konflikt zwischen Herausgeber und Verleger. Als Salaban als Herausgeber den Offenbarungseid leisten sollte, erhob er den Einwand, dass er im Sinne des § 51 unzurechnungsfähig sei.

Unter der Begründung, dass sich Salaban "wegen Geisteskrankheit in Behandlung" befunden habe, ist der zweifelhafte Rechtsgelehrte auch schon einmal im Jahre 1924 aus dem Hamburger Gerichtsgefängnis, dem er zugeführt worden war, wieder freigelassen worden. Damals hatte Salaban unter dem Decknamen Oskar Meissner in der Langen Reihe in Hamburg ein "Schiffahrtskontor für Passage- und Frachtenverkehr nach allen Plätzen der Welt" eröffnet und bei den Direktionen zahlreicher höherer Schulen die Durchführung von Jugendfahrten ins Ausland propagiert. Salaban nahm grössere Vorauszahlungen entgegen, ohne aber an eine Gegenleistung zu denken.

Das jetzt Salaban zur Last gelegte Münzverbrechen gibt der Beschuldigte nur zu einem Teil zu. Er behauptet, dass er nur 4 000 falsche Zweimarkstücke geprägt habe. Da aber beim Falschgelddezernat der Berliner Kriminalpolizei im Laufe der Jahre 32 000 Stück "Salaban'scher Zweimarkstücke", die übrigens den echten Zweimarkstücken ganz ausgezeichnet nachgemacht sind, eingeliefert wurden, ist diese Angabe Salabans sicher falsch. Wahrscheinlich ist die Zahl der ausgegebenen Falschstücke noch viel höher. Der Beschuldigte erklärt auch, dass er mit einem Helfershelfer zusammengearbeitet habe. Aber vermutlich existiert "der grosse Unbekannte" gar nicht.

Das Geschäft war nicht schlecht. Selbst wenn man unterstellt, dass die Familie Salaban beim Vertrieb ihres Falschgeldes auf Berliner Wochenmärkten weit mehr Suppengrün, Apfelsinen, Petersilie und Zwiebeln kaufte, als sie beim besten Willen verbrauchen konnte, so beläuft sich doch der mit dem falschen Geld erzielte Gewinn auf etwa 1,50 Mark pro Stück. Die benutzte Metallegierung ähnelt zwar im Aussehen sehr der Legierung der echten Geldstücke, ist aber wesentlich minderwertiger.

Salaban arbeitete in seinem Lichterfelder Falschgeldkeller nur des nachts beim Schein einer schwachen Glühbirne und einer Kerze. Die Fenster waren dicht verhängt. Von den Nachbarn wurde kaum etwas Verdächtiges beobachtet. Dass der Fälscher jetzt gefasst wurde, ist in erster Linie das Verdienst eines aufmerksamen Berliner Wochenmarkthändlers, der nun den grössten Teil der von der Reichsbank ausgesetzten Belohnung ausgezahlt erhalten wird.

+ + +

Das Schreiberhauer Bobunglück. Wegen des furchtbaren Bobunglücks in Schreiberhau wurde von der Hirschberger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es soll festgestellt werden, ob irgend jemand ein strafbares Verschulden an dem Unglück trifft. Die Verletzten und die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe beabsichtigen, gegen die verantwortlichen Leiter des Unglücksrennens eine Schadenersatzklage anzustrengen.

+ + +

Selbstmordversuch. Der Berliner Bankier Max Marcus, der Inhaber des zusammengebrochenen Bankhauses Marcus & Co., hat im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit in einem Anfall von seelischer Depression einen Selbstmordversuch begangen, konnte aber gerettet werden. Marcus sollte sich am Montag vor Gericht verantworten. Die Verhandlung wurde um drei Wochen vertagt.

Bauernkrieg in Pommern.

Von unserm besonderen Berichterstatter.

SPD. Köslin, den 16. Jan. 1932

Was geht eigentlich in Pommern vor? Wenn man der Sensationspresse glauben will, wütet in dieser Provinz der Bauernkrieg. So schlimm ist es nun nicht und der Bauernkrieg existiert nur in der Phantasie sensationslüsterner Schreiber.

Aber es ist auch falsch, die Krise, in der die pommersche Landwirtschaft gegenwärtig steckt, nur als eine grossagrarisches Krise ansehen zu wollen. Sicherlich haben die pommerschen Grossagrarien durch unsinnige Betriebsführung und luxuriöse Lebensweise ihre Riesengüter ruiniert. Man spricht hier unter den Grossagrariern viel von der Väter Weise und der Väter Sitten. Aber sie haben es in den anormalen Zeiten des Krieges und der Inflation verlernt, wie die Väter d.h. rationell und sparsam zu wirtschaften. Heute schimpfen sie wohl auf die Saurepublik, haben jedoch den Weg zu der Väterart nicht zurückgefunden und wollen ihn auch nicht finden. Der Staat soll helfen. In Neuhof bei Podewils im Kreise Belgard sind dieses Mal mehrere Morgen Wrucken nicht abgeerntet worden. Sie stehen eingefroren auf den Feldern. Einige Fuhren Heu liegen heute noch auf der Wiese. Von 13 Morgen Acker ist noch Korn, Hafer, Lupinen und Serradella auf dem Feld. Das ist die Not der Grossagrarien. Wenn so gewirtschaftet wird, wenn ganze Ernten verfaulen, dann kann selbstverständlich keine noch so grosszügige Osthilfe den Grossagrariern helfen.

Aber die Krise beschränkt sich nicht auf das Grossagrariertum. Lohn- und Gehaltssenkungen haben die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung unterminiert. Andererseits ist z.B. bei den Schweinen die Produktion anarchisch und übersteigert worden. So erhält der kleine Bauer für seine Produkte vielfach Preise, die nicht gerade zu hoch, oft unter Vorkriegspreisen liegen. Das muss sich wirtschaftlich natürlich auswirken. Der kleine Mann, der kleine Bauer, sieht sich heute trotz eisernen Fleisses, trotz persönlicher Tüchtigkeit, trotz einfacher Lebensführung und trotz grösster Anspruchslosigkeit Ereignissen von revolutionärer Triebkraft gegenüber. Das hat die Bewegung im pommerschen Landvolk in Fluss gebracht.

Leider wird gerade beim kleinen Mann, beim kleinen Bauern der Hauptgrund verkannt, der die Krise für ihn so masslos verschärft. Wir meinen die Politik des Reichsernährungsministers Schiele. Sie schenkt den ostelbischen Junkern uferlos Subventionen zu, indem das Getreide, indem Futtermittel verteuert werden. Der kleine Bauer jedoch, der für sich Brot und für sein Vieh Gerste und Mais zukaufen muss, hat die Futtermittel infolge der Schiele'schen Getreidezölle überteuert zu bezahlen. Schiele will den Bauern durch den Butterzoll locken. Glückliche Verheissung! Aber was wird bei dem Butterzoll für den Bauer herauskommen? Nach Lage der Dinge und aufgrund der Bindungen mit Finnland werden 45 000 Tonnen Butter von 100 000 Tonne, die jährlich nach Deutschland hereinkommen, nicht unter den erhöhten Zoll fallen. Das ist die eine Dussche. Die andere Abkühlung ist die, dass, selbst wenn die 100 000 Tonnen Importbutter voll unter den höheren Zoll fallen, die Kaufkraft der breiten Bevölkerung nicht ausreicht, um eine stärkere Steigerung der Buttererzeugerpreise durchzusetzen. Mit Mittelchen wie Butterzoll ist dem Bauer nicht zu helfen.

Wohl aber mit einer Verbilligung der Futtermittel. Hier will aber Schiele nicht mitmachen - aus Liebe zu den Grossagrariern, um sich gegen die rechtsradikale Agitation keine Blösse zu geben. Landbund, Deutschnationale und Nazis aber nutzen die Stimmung beim Bauern aus und rebellieren und agitieren auf dem Lande gegen Schiele, den "Mann der Saurepublik". So giert man um die Sympathien des kleinen Mannes. Im übrigen treten Terror und Boykott in Kraft. Es ist sicherlich eine Uebertreibung, wenn man in den letzten Tagen davon gesprochen hat, dass in Pommern die Staatsgewalt faktisch bereits ausgeschaltet sei und dass die Provinz ein Eigenleben führe, in dem die gesetzliche Ordnung nur so weit gelte, als man ihr freiwillig Geltung lasse. Aber trotzdem soll und darf das, was im Lande vorgeht, nicht übersehen werden. Aus allen Teilen der Provinz kommen täglich neue Botschaften, wonach der Landbund einen organisierten Boykott, Verachtung und Feme gegen jeden gepredigt hat, der bei den Zwangsversteigerungen als Bieter auftritt. Es wird der Steuer- und Zinszahlungstreik proklamiert. In einem Rundschreiben des Landbundes in Lauenburg fordert der Geschäftsführer Bruisch die Ortsgruppenführer des Landbundes auf, sämtliche Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende aufzusuchen und ihnen eine Entschliessung des Landbundes zur Unterschrift vorzulegen. In dem Rundschreiben des Landbundgeschäftsführers heisst es u.a., dass sich sämtliche Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende durch Unterschriften, die von Haus zu Haus zu sammeln sind, verpflichten müssen, bei Zwangsversteigerungen von Berufsgenossen keine Angebote mehr zu machen; auswärtige Bieter sind sofort der Geschäftsführung namhaft zu machen.

Diese Anweisung des Landbundes ist, soweit bekannt geworden ist, restlos in allen Teilen Pommern an die Ortsgruppenvorsitzenden ergangen und es mehrten sich schon heute die Klagen der ländlichen Bevölkerung, die sich gegen diese unernörte Zumutung des Landbundes und den von seinen örtlichen Organisationen ausgeübten Terror wenden. Vom Pommer sagt man ja, dass "er im Winter ebenso dumm sei wie im Sommer". Aber der gegenwärtige Notwinter scheint dem kleinen Bauern in Pommern die Augen öffnen zu wollen. Weite Kreise der bauerlichen Bevölkerung, selbst diejenigen, die unter Zwang und Druck ihre Unterschrift geleistet haben, rebellieren offen und versteckt gegen die oben angedeuteten Massnahmen des Landbundes. Noch läuft das bäuerliche Gros dem Landbund, den Deutschnationalen und den Nazioten nach. Aber die Erkenntnis wächst, dass der Bauer in dieser Gefolgschaft für die Interessen der Grossagrariere missbraucht wird, dass es dieser Art Führung darauf ankommt, für die bankrotten Grossagrariere Staatshilfe herauszuschlagen, dass ihnen das bäuerliche Schicksal aber ziemlich gleichgültig ist. Der Bauer kennt ganz gut die Gründe, die zum Bankrott und zur Pleite der grossagrarisches Betriebe geführt haben. Er weiss, dass diese Gründe mit der Republik nichts zu tun haben. Er weiss, dass die gegenwärtige preussische Regierung sich der landwirtschaftlichen Dinge mehr angenommen hat als irgendeine Regierung vorher. Er weiss auch, dass der Grossagrariere durch seine immerwährenden Klagen über die Not der Landwirtschaft Misstrauen in der Bevölkerung wachgerufen hat, dass man diese Klagen in anderen Berufsständen nicht mehr ernst nimmt und dass die Gefahr besteht, dass man anderswo den Bauer, wenn er auf wirkliche Schäden verweist, mit derselben Elle misst, wie die grossagrarisches Jeremiaden.

In Pommern gibt es keinen Bauernkrieg. Wohl steht Pommern aber inmitten einer Agrarrevolution, die zwangsläufig auch zur Revolutionierung des pommerischen Dickschädels führen wird. Die Bauern müssen erkennen, dass Stadt und Land untrennbar miteinander verbunden sind und dass die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse gleichzeitig eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Bauernschaft bedeutet. Den Kampf gegen den "Marxismus", der ihnen immer wieder von den Nazioten gepredigt wird, soll sich der pommerische Bauer mal nach dieser Seite hin überlegen. Es heisst, dass alle Welt Geld habe, wenn der Bauer es habe. Aber der Satz ist auch richtig, dass der Bauer Geld hat, wenn der Arbeiter anständig bezahlt wird. Das sind Wechselbeziehungen, die die Marxistentöter dem Bauer in Pommern verschweigen.

SPD. Die polnische Regierung hat durch besondere Kommissionen Vorschläge ausarbeiten lassen, um die bei dem Kohlenexport entstandenen Verluste auszugleichen und den Umfang des Kohlenexports zum mindesten auf der Höhe von 10 Millionen Tonnen jährlich zu halten. Die bisher beim Kohlenexport entstandenen Verluste werden mit 60 Millionen Zloty - die Zahl dürfte den tatsächlich eingetretenen Verlusten nicht ganz entsprechen - angegeben. Anscheinend rechnet die polnische Regierung mit weiteren Verluststeigerungen infolge der englischen Pfundentwertung. Wie stark sich die englischen Massnahmen auswirkt geht aus der Tatsache hervor, dass der polnische Kohlenabsatz in Danzig bereits von den Engländern stark bedroht ist. Man sucht nach einer Entlastung, die man durch Senkung der Gesteungskosten, besonders durch eine Verminderung der Verwaltungskosten, erzielen will.

Wie ruinös der polnische Kohlenexport ist, beweist die polnische Kohlenbilanz für das Jahr 1931. Polen hat mit Hilfe seiner Subventionspolitik das Kunststückchen fertiggebracht, die Kohlenausfuhr im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahr zu steigern und den Export fast auf der Höhe des Konjunkturjahres 1929 zu halten. Insgesamt wurden 1931 = 14,33 Millionen Tonnen exportiert gegenüber 12,8 Millionen Tonnen im Jahre 1930. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass der Absatz polnischer Kohle auf den Märkten, die mit Gewinn beliefert werden können, stark absank. Das sind vor allem die Märkte in den österreichischen Nachfolgestaaten, für die Polen bestimmte Exportkontingente hat, die eine Rente lassen. Auf diesen Märkten ist der Export von 3,4 Millionen Tonnen im Vorjahr auf 3,05 Millionen Tonnen im Jahre 1931 zurückgegangen. Als Konkurrenz machte sich hier die deutsche Kohle mehr bemerkbar. Der Hauptabsatz des polnischen Exports entfällt auf die Märkte, auf denen vor allem die Engländer und auch die Deutschen als Konkurrenten auftreten. Hier kann Polen nur mit Verlustpreisen liefern. Der Export vollzieht sich mit Hilfe von Subventionen des polnischen Staates. Polen gelang es hier, seine Ausfuhr von 6,4 auf 7,5 Millionen Tonnen zu steigern.

Das polnische Beispiel beweist nur, wie notwendig die Einigung der europäischen Kohlenländer hinsichtlich der Absatzgebiete ist. Auf die Dauer kann der Konkurrenzkampf bis zum Weissbluten, der nun schon jahrelang andauert, nicht geführt werden. Auch die Engländer haben anscheinend eingesehen, dass sie die Dinge auf den Kohlenmärkten durch die Pfundentwertung nicht meistern können; denn sie haben sich in verschiedenen Staaten damit abfinden müssen, dass der vermehrten Einfuhr englischer Kohle mit politischen Mitteln entgegengetreten wird. Die Neigung der Engländer für ein europäisches Kohlenkartell, die nach der Pfundentwertung nicht besonders rege war, soll wieder gewachsen sein. Das dürfte für die kommenden Kohlenverhandlungen im Rahmen des Völkerbundes sicher von Nutzen sein.

SPD. Der Erdöl-Reichsverband nimmt in einer Zuschrift Stellung zu den Treibstoffplänen und betont, "dass, wenn auch nur die entfernte Möglichkeit bestünde, das Inlandshenzin und die sonstigen Bestandteile des neuen Treibstoffes zu ähnlichen Produktionskosten zu gewinnen, wie das eingeführte Benzin, so wären ernsthafte Einwendungen gegen den Einheitstarif nicht zu heben." Der Verband ist im übrigen der Auffassung, "dass die Interessenten mit Hilfe einer Zwangsorganisation höhere Preise durchsetzen" und "die Heraufschraubung der Preise auf die Dauer nicht verhindert werden könnte". Den ganzen Plänen liege die unverkennbare Tendenz zugrunde, die bestehenden übermächtig hohen und nur mit der Finanznot des Reiches zu rechtfertigenden Zölle den eigenen Diensten nutzbar zu machen. Die Kosten der zwangsweisen Abdrosselung der Einfuhr würde ausschliesslich die Reichskasse zu tragen haben, weil aus naheliegenden Gründen nicht daran gedacht werden könne, die Inlandspro-

duzenten zur ausgleichsweisen Tragung der entsprechenden Ausfälle heranzuziehen. Wie gross die Last wäre, könne man daran ersehen, dass auf je 100 000 Tonn nicht eingeführten Benzins ein Ausfall von 22 Millionen Mark entstände.

SPD. Der grosse Ausschuss des Reichskohlenrats hat nach eingehenden Erörterungen, wie amtlich mitgeteilt wird, den neuen Vertrag für das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat genehmigt. Mit dem Inkrafttreten des neuen Vertrages ist in kürzester Zeit zu rechnen, da der einzige Aussenseiter, die Deutsche Erdöl A.G., am Sonnabend dem Vertrag beigetreten ist.

Weizenhauss.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machte sich am Sonnabend eine starke Befestigung der Stimmung für Weizen bemerkbar. Schon am Abend des Vortages war grösserer Bedarf der rheinischen Mühlen angemeldet worden, der sich am Sonnabend Vormittag fortsetzte. Da es an erforderlichem Angebot fehlte, um die Nachfrage befriedigen zu können, gingen die Preise steil in die Höhe. Wenn auch zu Beginn der Börse eine gewisse Beruhigung der Tendenz wieder eintrat, so konnte prompter Weizen dennoch etwa 2 Mark gewinnen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preissteigerungen von $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark festzustellen. Roggen wurde von der Bewegung nur leicht mitgezogen. Die Lage des Marktes ist hier unverändert. Die Preise für prompte Ware wurden in gleicher Höhe wie am Vortage notiert, nur am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich Befestigungen von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark. Am Mehlmarkt hielten die Mühlen ihre Forderungen zwar unverändert aufrecht, jedoch konnte sich das Geschäft in beiden Sorten nur in bescheidenem Umfang entwickeln. Auch für Hafer war die Tendenz freundlicher, es wurden etwas höhere Preise erzielt.

	<u>15. Jan.</u>	<u>16. Jan.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	222 - 224	224 - 226
Roggen	196 - 198	196 - 198
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	155 - 160	155 - 160
Hafer	135 - 143	135 - 143
Weizenmehl	27,50 - 31,25	27,50 - 31,25
Roggenmehl	27,00 - 29,25	27,00 - 29,25
Weizenkleie	9,50 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $239\frac{1}{2}$ - $240\frac{1}{2}$ (Vortag $239\frac{1}{4}$), Mai $247\frac{1}{2}$ - 249 (247), Roggen März 209 (208), Mai 213 - $213\frac{1}{2}$ (212), Hafer März $155\frac{1}{4}$ ($154\frac{1}{2}$), Mai 163 (162).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 16. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 97, II. 90, abfallende Sorten 80 RM. Tendenz: abwartend.

Gewerkschaftliche Rundschau

Hitler und die Gewerkschaften.

Das unheimliche Fragezeichen.

SPD. Der Vorstoss der Eisernen Front an der Wasserkante, der mit einer gewaltigen Massenkundgebung in Hamburg einsetzte, hat die Hellhörigen in der Front der vereinigten Reaktionäre von Hugenberg bis Hitler ein wenig stutzig gemacht. Besonderes Unbehagen verursacht ihnen die auf der Massenkundgebung erfolgte Ankündigung, dass der Versuch einer Rechtsdiktatur mit dem Generalstreik beantwortet werden dürfte.

Das ist's! Das ist die grosse Sorge der Front der Arbeiterfeinde von Hugenberg bis Hitler. Die Gewerkschaften - sie sind in ihren Berechnungen und Erwartungen das grosse unheimliche Fragezeichen. Die Gewerkschaften - sie sollten deshalb - so war es von allem Anfang an geplant - zerschlagen werden. Dafür haben die Scharfmacher in Industrie und Landwirtschaft Hitler immer wieder Riesensummen gegeben. Dafür kämpft auch Hugenberg; denn was aber die Scharfmacher, vor allem die der Schwerindustrie, wollen, das ist ihm Befehl, und seine gehässige Bekämpfung der Sozialpolitik der Gewerkschaften ist ja zur Genüge bekannt. Und Hitler? Er muss erst recht die Gewerkschaften zerschlagen, wenn er zum Sieg kommen will. Seine Sache liegt hoffnungslos, wenn er nicht die Gewerkschaften zerschmettert.

Maschinengewehre gegen Gewerkschaften? Ja, das ist die grosse Frage. Eine verteuftelt unsichere und riskante Sache. Niemand anders als seine Faschistenfreunde in Italien haben ihn bereits ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht. Wer über diese Warnung Bescheid wissen will, braucht nur das hochaktuelle Buch des italienischen Faschisten Maleparte - eines Mannes, der selbst an den entscheidenden Kämpfen des Faschismus in Italien aktiv beteiligt war - zu lesen, das soeben unter dem Titel "Der Staatsstreich" in deutscher Uebersetzung (im Verlag E.P.Tal & Co. Leipzig-Wien) erschienen ist, und das bereits starke Beachtung gefunden hat. "Der freie Angestellte", die Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten, bringt in seiner neuesten Nummer (2) aus der Feder von Georg Decker einen Auszug aus der Schilderung des Maleparte'schen Buches über Mussolinis Weg zur Macht.

Maleparte stellt fest, dass der Faschismus nicht zum Ziel gelangen kann, solange nicht die Gewerkschaften erledigt sind. "Der Weg zur Eroberung des Staates" - so begründet Maleparte den Erfolg Mussolinis - "musste über einen Boden führen, der von allen organisatorischen Kräften gereinigt war." (S.208). "Mussolini glaubte nicht an die Erfolgsmöglichkeiten eines Aufstandes, der gleichzeitig die Kräfte der Regierung und die des Proletariats hätte bekämpfen müssen... Als Marxist kam er zu dem Schluss, dass man vor allem die Gewerkschaften zerbrechen müsste, auf die sich ohne Zweifel die Regierung bei der Verteidigung des Staates stützen würde. Er hatte Furcht vor dem Generalstreik. Die Erfahrungen Kapps und Bauers waren für ihn nicht nutzlos geblieben." (S.204/5) "Mussolini gelang es schliesslich (im August 1922), den gefährlichsten Gegner, den einzig furchtbaren Gegner, zu zerschmettern, diesen Generalstreik, ... den er seit drei Jahren bekämpfte, indem er systematisch gegen die Gewerkschaften vorging." (S.212)

Zu Deutschland übergehend, stellt Maleparte grundlegende Unterschiede fest. Zunächst hält er von den Führerqualitäten Hitlers absolut nichts, und die Kampftaktik der Nazis ist nach seiner Auffassung völlig verfehlt. "Die von

den Schwarzhemden Mussolinis gegen die Arbeiterorganisationen angewandte Taktik der Gewalt wird durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, reinen Tisch mit allen organisierten Kräften zu machen, um damit dem Generalstreik zuvor zu kommen und die Einheitsfront der Regierung, des Parlaments und des Proletariats zu brechen. Aber nichts rechtfertigt den dummen und verbrecherischen Hass der Hitlerianer gegen die Arbeiter als solche... Hitler müsste den Kampf gegen die Gewerkschaften gründlich und systematisch führen, wenn er seine Partei von dem schrecklichen Druck der organisierten Massen befreien wollte." (S.229/30). "Das deutsche Proletariat hat Hitler dazu gezwungen, die faschistische Taktik des Kampfes gegen die Gewerkschaften aufzugeben und aus seiner Aufstandsarmee, einem prächtigen Werkzeug zur Eroberung des Staates, eine Art Jagdtruppe auf den Arbeiter als solchen zu machen" (S.230/3). Und das Ergebnis? "Trotz seines schlagenden Wahlerfolges ist Hitler noch weit davon entfernt das Deutschland Weimars in Händen zu haben. Die Kräfte des Proletariats sind noch unangetastet: diese ungeheure Arbeiterarmee, der einzige furchtbare Feind der nationalsozialistischen Revolution, ist stärker als je, aufrecht, unverletzt, bereit, bis zum Ende die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen." (S 232/33).

Das ist! Deutschland ist nicht Italien. Mussolini hat in Italien die Gewerkschaften zerschmettert. Die deutschen Gewerkschaften sind nicht zerschlagen und lassen sich nicht zerschlagen. Deutschland ist ein Industriestaat, und die Deutschen sind gründlich - auch die deutschen Gewerkschaften. Was sie organisiert haben, ist nicht von Pappe. Mit seinen eigenen Maschinengewehren gegen den Staat und die Gewerkschaften kann Hitler gar nichts machen. Und mit den Maschinengewehren des Staates? Erst muss er sie haben. Einstweilen ist aber noch der Staat das Volk. Und das Volk in seiner übergrossen Mehrheit besteht aus Arbeitern, Kopf- und Handarbeitern, organisierten Arbeitern und dem mit ihnen sympathisierenden Element. Und die Kerntruppen des organisierten Volkes, das keinen Faschismus, sondern einen Volksstaat will, sind die Gewerkschaften. Im Kampf mit ihnen hat Hitlers Kunst bereits versagt.

SPD.Hitler will, um den Gewerkschaften beikommen zu können, die Betriebe erobern. Als Werkzeug dazu dient ihm die Nazi-Betriebszellenorganisation. Ueber ihren Aufbau und ihre Aufgaben unterrichten am besten die - Unternehmerblätter. So konnte dieser Tage die "Weserzeitung", das rechtsstehende Bremer Unternehmerorgan, recht interessante Mitteilungen über die Nazi-Betriebszellenorganisation machen. Die Bremer Nazis hatten einem Redakteur des Blattes genauere Einsicht in das Wesen ihrer Streikbrecherorganisation gegeben.

Zur Streikfrage erklärte nach den Mitteilungen der Weserzeitung der Ortsgruppenbetriebswart der Bremer Nazis wörtlich: "Die NSBO ist jederzeit in der Lage, ohne die Technische Nothilfe bei einem von marx istischer Seite entfachten politischen Streik allein mit Hilfe ihrer, allen Berufsgruppen angehörenden Mitglieder alle lebenswichtigen Betriebe Bremens aufrecht zu erhalten."

Das Unternehmerblatt knüpft daran folgenden süßsauren Kommentar: "Gegen den Willen der Leitung der NSBO dürfte also ein ernsthafter Wirtschaftskampf überhaupt unmöglich sein, allerdings wird der wirtschaftliche Streik im Interesse der Arbeitnehmer bejaht."

Wir haben es also bei der Nazi-Betriebsorganisation mit einer ausgesprochenen Streikbrechergarde zu tun. Hitlers Anhänger wollen vor allem der Arbeiterschaft bei einem Putsch von rechts her die scharfe Waffe des Generalstreiks aus der Hand schlagen. Um die Arbeiterschaft einzulullen, versichern die Nazis, sie seien für den wirtschaftlichen Streik im Interesse der Arbeitnehmer. Wie es jedoch damit in Wirklichkeit aussieht, erfährt man ebenfalls

dem Bremer Unternehmerorgan. Es heisst da nämlich, dass bei Lohnkonflikten zwischen dem Unternehmer und einer Nazibelegschaft "der in der NSDAP gepflegte Volksgemeinschaftsgedanke" dafür bürgt, "dass schikanöse Ungerechtigkeiten, wie sie das im Klassenkampf sich selbst verzehrende System des Marxismus kannte, fortfallen werden. In den Betrieben, in denen Brotherr und Arbeitnehmer auf dem Boden der Volksgemeinschaft stehen, wird der gewerkschaftliche Schutz als etwas Selbstverständliches angesehen werden können und zu Reibungen keinen Anlass geben. Der Erfolg der Nationalsozialisten, eine Bresche in die marxistische Front geschlagen zu haben, kann bei ruhiger Ueberlegung nur begrüsst werden, sind doch unzählige Arbeiter dem nationalen Gedanken zurückgewonnen" - .

"Schikanöse Ungerechtigkeiten" des Klassenkampfes - der reaktionäre Unternehmer wird alle Forderungen auf Lohnerhöhung als "schikanöse Ungerechtigkeiten" betrachten und an den in der NSDAP gepflegten "Volksgemeinschaftsgedanken" appellieren.

Der Endeffekt der Nazi-Betriebsorganisation ist klar zu erkennen: auch bei wirtschaftlichen Streiks wird sie den Arbeitern in den Rücken fallen und sich als Streikbrechergarde des Unternehmertums betätigen. Die Gewerkschafts- und Betriebspolitik der Nationalsozialisten läuft - das ist mit Händen zu greifen - auf eine Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterschaft hinaus. An der Arbeiterschaft in den Betrieben und in den Gewerkschaften wird es liegen, mit der neuen Streikbrecherpest des Hakenkreuzes gründlich aufzuräumen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat zu dem neuen Notrecht in der Krankenversicherung einen Erllass herausgegeben, der zur Vermeidung von Härten verschiedene Unklarheiten, vor allem in der Frage der Mehrleistungen, beseitigt.

Für die Versicherten ist die Krankenhauspflege keine Mehrleistung, sondern eine Ersatzleistung und wird deshalb von der Verordnung nicht betroffen. Das entsprechende gilt für die Hauspflege, namentlich dann, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, ferner für den Aufenthalt in einem Genesungsheim während der Krankheit und der gesetzlichen Leistungsdauer. Für die Angehörigen von Versicherten ist die Krankenhauspflege eine Mehrleistung. Geht die Krankenhauspflege auf Rechnung des Angehörigen, so hat dennoch die Kasse für die ärztliche Behandlung, für die Arznei und kleineren Heilmittel aufzukommen.

SPD. In Polnisch-Oberschlesien haben sämtliche Kohlengruben eine Lohnkürzung von 21 Prozent gefordert und zu diesem Zweck den Belegschaften zum 1. Februar gekündigt. Die Verhandlungen sind gescheitert.

SPD. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Arbeitsämter ersucht, bei Notstandsarbeiten zwecks Mehreinstellungen von Arbeitskräften auf eine Verkürzung der Arbeitszeit zu drängen, gegebenenfalls die Bewilligung der Grundförderung an die Bedingung zu knüpfen, dass die Parteien des Arbeitsvertrages sich zur Kürzung der Arbeitszeit bereitfinden. Der Präsident ist damit einverstanden, dass auch für die Berechnung der arbeitslosen Tagewerke, für welche die Förderung zu zahlen ist, die 48-stündige Wochenarbeitszeit bis auf 40 Stunden herabgesetzt wird, sofern die Verkürzung nicht eine zeitliche Streckung der Arbeit, sondern eine Mehreinstellung von Arbeitskräften zur Folge hat.